

Ergebnisprotokoll

11. Sitzung des IT-Planungsrats		
<u>Datum:</u> 6. Juni 2013	<u>Ort:</u> Berlin, Vertretung des Freistaates Bayern beim Bund	<u>Uhrzeit:</u> 10:00 Uhr bis 12:30 Uhr
<u>Leitung:</u> [REDACTED] [REDACTED]	<u>Sitzungsunterlagen:</u> • Finale Tagesordnung • Teilnehmerliste • Vortrag [REDACTED] zu TOP 2 • Bericht [REDACTED] zum E-Justice-Rat einschl. Protokoll der 2. Sitzung des E-Justice-Rates, zu TOP 13 • Veröffentlichung der nachstehend benannten Sitzungsunterlagen auf der Internetseite des IT-Planungsrats	

Kategorie A:
Einführung
TOP 1
Begrüßung und Tagesordnung

[REDACTED] übernimmt in Vertretung für [REDACTED] die Leitung der 11. Sitzung des IT-Planungsrats und begrüßt die Teilnehmer.

In seiner Einleitung erläutert der Vorsitzende den thematischen Schwerpunkt der Sitzung, die „Digitale Agenda Deutschland“. Ziel des gemeinsam von Bayern und dem Bund geleiteten Vorhabens sei es, die vielfältigen Querbezüge und Entwicklungspotentiale der Arbeit des IT-Planungsrats zu verdeutlichen. Verwaltungs-IT und E-Government korrespondierten in vielfacher Art und Weise mit technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Auch und gerade mit solchen, die außerhalb des Aufgabengebietes des IT-Planungsrats liegen.

Die Analyse der technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen soll zu Handlungsempfehlungen für den IT-Planungsrat führen, aber auch zu Empfehlungen und Anforderungen, die der IT-Planungsrat an Kommunikationspartner wie die Fachministerkonferenzen, Wissenschaft, Wirtschaft und internationale Gremien weitergibt.

Der Vorsitzende verweist auf die Broschüre „Zukunftspfade Digitales Bayern 2020“, die [REDACTED] in der letzten Sitzung vorgestellt hatte.

Der Vorsitzende stellt kurz die weitere Tagesordnung vor.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit wird der vorgelegte Entwurf des Ergebnisprotokolls der 10. Sitzung mit den hierzu eingebrachten Änderungen bestätigt.

Die Tagesordnung wird mit folgenden Änderungen bzw. Hinweisen angenommen:

- TOP 14 wird auf Antrag Sachsens von der „Grünen Liste“ genommen und im Anschluss an die Tagesordnungspunkte der Kategorie „Verschiedenes“ behandelt.
- TOP 4: [REDACTED] kündigt an, eine Protokollnotiz nachzureichen.
- TOP 16: [REDACTED] kündigt an, eine Protokollnotiz nachzureichen.

Kategorie B: Schwerpunktthema „Digitale Agenda Deutschland“

TOP 2	Digitale Agenda Deutschland
--------------	------------------------------------

Der Vorsitzende erläutert einleitend Chancen und Risiken der Digitalisierung aus dem Blickwinkel der öffentlichen Verwaltung. Er verweist nochmals auf das laufende Vorhaben zur Erstellung einer „Digitalen Agenda Deutschland“ und wirbt für weitere Mitarbeit bei dieser Studie.

[REDACTED] führt anhand eines Folienvortrags (s. Anlage) in das Schwerpunktthema „Digitale Agenda Deutschland“ ein. [REDACTED] ist Auftragnehmer der Studie.

[REDACTED] verweist auf die für 14.06.2013 in Berlin geplante Auftaktveranstaltung des Vorhabens „Digitale Agenda Deutschland“ und wirbt als Vertreter des Mitfederführers Bayern ebenfalls für eine Mitwirkung an dem Vorhaben. Derzeit beteiligt seien neben Bayern und dem Bund die Länder Hessen und Sachsen.

Auf Nachfrage von [REDACTED] erläutert [REDACTED] dass in den Folien die Aussagen aus Bayern und dem Saarland besonders hervorgehoben seien, weil diese in der für Bayern erstellten Studie besonders viele Fallzahlen geliefert hätten. Alle Länder seien aber eingeladen, sich bei der neuen Studie intensiver zu beteiligen, um mehr Informationen zu gewinnen.

[REDACTED] regt an, aus der Studie konkrete Schlussfolgerungen auch bezogen auf bestimmte Milieus oder auch Einrichtungen wie Bibliotheken abzuleiten. Die Anregung soll aufgegriffen werden.

[REDACTED] fragt nach der Gewichtung der Aspekte „Teilhabe“ und „Wirtschaftliche Effekte“ in der Studie. [REDACTED] sieht die Teilhabe

Az.: IT1-22001/1#2

Stand: 2. Oktober 2013

als elementar an. So gebe es, z.B. bei der Internetnutzung des Mittelstands vermutlich noch Ausbaupotential.

hebt hervor, dass die Digitale Agenda einen Kompass zur Mitgestaltung der Entwicklungen liefern solle.

TOP 3
Der neue Personalausweis als Treiber für eGovernment

Der Vorsitzende erklärt einleitend, dass die Potentiale des neuen Personalausweises aus seiner Sicht noch nicht ausgeschöpft seien. Die auch im Benchmarking Bericht der EU aufgeführten Beispiele von Vorhaben der Arbeitsverwaltung oder der Hochschule Harz zeigten dies sehr deutlich. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die anstehende Behandlung des E-Government-Gesetzes des Bundes am 07.06.2013 im Bundesrat.

Aus Sicht von sind die Infrastruktur und vor allem die konkreten durch den neuen Personalausweis ermöglichten Dienste ein wesentlicher Schlüssel für das E-Government in Deutschland. Der IT-Planungsrat sollte sich hier weiter engagieren.

wirbt noch einmal für die Ziele in der Beschlussvorlage. Eine Beteiligung an der E-Government-Initiative ist noch möglich.

verweist auf die positiven Erfahrungen mit Modellversuchen in Kommunen in RP.

Der Beschlussvorschlag wird mit der von NI vorab schriftlich vorgeschlagenen Änderung angenommen.

Beschluss 2013/17

Der IT-Planungsrat leitet aus dem Beschluss des Deutschen Bundestags zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen im Bereich der elektronischen Verwaltung einen Handlungsauftrag zur Förderung des Einsatzes elektronischer Identitäten auf der Grundlage des neuen Personalausweises ab. Der IT-Planungsrat empfiehlt geeignete neue aber auch bestehende E-Government-Verfahren möglichst rasch mit der Möglichkeit des Zugangs über den nPA auszustatten, um bestehende Infrastrukturen zu nutzen und E-Government-Potenziale zielgerichtet zu erschließen.

Veröffentlichung der Entscheidung:
Ja
X
Nein
Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Protokollnotiz Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit:

Seitens der Datenschutzbeauftragten wird gebeten, den Grundsatz der Datensparsamkeit bei eGovernment-Vorhaben zu beachten.

TOP 5	Initiative „Föderale IT-Kooperation (FITKO)“
--------------	---

berichtet von der bisherigen Arbeit der Arbeitsgruppe FITKO. Unter gemeinsamer Federführung Bayerns und des Bundes engagieren sich Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bremen, Hamburg und der Deutsche Landkreistag (als Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene) in der AG. Sachsen und Berlin haben kurzfristig die Bereitschaft erklärt, zur Arbeitsgruppe hinzukommen. Als externer Projektpartner wurde die Partnerschaften Deutschland AG eingebunden. Die intensiven Diskussionen innerhalb und außerhalb der Gruppe zeigten, dass das Spannungsfeld zwischen Föderalismus und notwendiger intensiverer Kooperation noch weiter ausgelotet werden müsse. Für die 12. Sitzung des IT-Planungsrats sei die Vorlage eines Eckpunktepapiers geplant, in dem konkrete Vorschläge für die nächsten Schritte enthalten seien.

bekräftigt, dass ein Erfolg von FITKO entscheidend dafür sei, dass der IT-Planungsrat seine Aufgaben nach Art. 91c GG wirkungsvoll erfüllen könne. Dabei müsse auch das Verhältnis zwischen föderalen Grundsätzen und Zentralisierung von Gemeinschaftsaufgaben neu austariert werden. Es sei dabei richtig, von Anfang an auch Betriebs- und Finanzierungsmodelle zu betrachten.

betont ebenfalls die Bedeutung einer intensivierten Zusammenarbeit. Es müsse aber darauf geachtet werden, dass es nicht zu einer einseitigen Konsolidierung auf Kosten kleiner Akteure komme. Auch deren Interessen müssten in einem föderalen System gewahrt bleiben.

Kategorie C:	Maßnahmen des IT-Planungsrats
---------------------	--------------------------------------

TOP 6	Steuerungsprojekt „Föderales Informationsmanagement (FIM)“
--------------	---

berichtet über die bisherige Arbeit im Steuerungsprojekt und dankt Sachsen-Anhalt für die gute Kooperation. Das Vorhaben treffe auf großes Interesse insbesondere auch aus den Kommunen. Kennzeichnend für die Herangehensweise sei eine umfassende Berücksichtigung existierender Standards und Verfahren. Als nächster Schritt werde nun bis Mitte Juni 2013 ein abgestimmtes Soll-Konzept vorgelegt. Ab Herbst 2013 folge dann die Umsetzung in die

Az.: IT1-22001/1#2

Stand: 2. Oktober 2013

Praxis. Um die Nachhaltigkeit der Projektergebnisse sicher zu stellen, werde eine Integration von Leika+ (Leistungskatalog) und Nationaler Prozessbibliothek (vgl. TOP 7) mit FIM vorbereitet. Ziel sei es, ab 2016 eine gemeinsame Anwendung des IT-Planungsrats bereitzustellen.

Der Beschlussvorschlag wird auf Antrag von ST in Ziffer 2 ergänzt um: „bittet die Federführer“ und in dieser Form einstimmig angenommen.

Beschluss 2013/19				
1. Der IT-Planungsrat nimmt den aktuellen Stand des Steuerungsprojektes „Föderales Informationsmanagement (FIM)“ zur Kenntnis. 2. Der IT-Planungsrat bittet die Federführer, die Überlegungen zu einer organisatorischen Konsolidierung der Vorhaben „Föderales Informationsmanagement (FIM)“, „Leistungskatalog (LeiKa)“ und „Nationale Prozessbibliothek (NPB)“ fortzusetzen und zur 13. Sitzung des IT-Planungsrats ein Konzept vorzulegen.				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	x	Nein	

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 8	Maßnahme „Optimierung der Informations- und Kommunikationsbeziehungen des IT-Planungsrats (OptIK)“
--------------	---

█ weist auf die Bedeutung der Ergebnisse des im Rahmen der Maßnahme OptIK erstellten Gutachtens für die weitere Arbeit des IT-Planungsrats hin. Durch den vorgelegten Beschlussvorschlag sollen die hierfür geeigneten Maßnahmenvorschläge aus dem Gutachten unmittelbar umgesetzt werden. Im Rahmen der ebenfalls vorgeschlagenen Fortführung der Arbeitsgruppe sollen die weiteren Vorschläge intensiver untersucht werden, mit dem Ziel, weitere Umsetzungsvorschläge vorzulegen. █ wirbt um Mitarbeit in dieser AG.

█ dankt allen Mitwirkenden in der AG und auch den externen Auftragnehmern der Universitäten Hamburg und Karlsruhe. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor war die Mitarbeit vieler Länder und des Bundes. Die Ergebnisse zeigten, dass der IT-Planungsrat in den relevanten Zielgruppen noch nicht ausreichend bekannt sei. Hier bestehe konzeptioneller Verbesserungsbedarf. Dies gelte auch für die Integration in Abstimmungsprozesse in der EU. Alle Mitglieder des IT-Planungsrats sollten dazu auch ihre ressortübergreifende Rolle in den Fachministerkonferenzen intensiver wahrnehmen.

[REDACTED] stellt fest, dass das Gutachten strukturelle Vorschläge erarbeitet habe, die noch weit über den jetzt vorliegenden Beschlussvorschlag hinausgingen. Dies müsse intensiv auch im IT-Planungsrat selbst erörtert werden. Er wünscht sich daher eine Konkretisierung der Arbeit zur nächsten Sitzung. [REDACTED] erklärt, dass die geplante AG genau dies leisten solle. Ob diese Vorschläge allerdings bereits zur 12. Sitzung vorgelegt werden können, könne angesichts der begrenzten Ressourcen in der Arbeitsgruppe nicht zugesagt werden. [REDACTED] ergänzt, dass die Arbeitsgruppe während ihres Mandats kontinuierlich Vorschläge vorlegen wolle.

Der Vorsitzende bittet die AG, in der 12. Sitzung über das weitere Vorgehen zu berichten auch wenn eine abschließende Priorisierung der Themen bis dahin nicht möglich sein sollte. Die Federführung liegt bei Hessen, Co-Federführer ist Sachsen. Die Mitarbeit weiterer Länder ist willkommen.

Beschluss 2013/20

1. Der IT-Planungsrat nimmt das Gutachten zur Maßnahme „Optimierung der Informations- und Kommunikationsbeziehungen des IT-Planungsrates (OptIK)“ zur Kenntnis.
2. Unmittelbar aus den Handlungsempfehlungen des Gutachtens abgeleitet, beschließt der IT-Planungsrat folgende Maßnahmen:
 - a) Der IT-Planungsrat bittet die KoSIT, beginnend mit der 12. Sitzung regelmäßig über den Fortschritt der Umsetzung der Standardisierungsagenda zu berichten und in Abstimmung mit dem KoSIT-Beirat Vorschläge für weitere Standardisierungsmaßnahmen zu vorzulegen.
 - b) Der IT-Planungsrat bittet den Bund, ihn beim Eingang von Dokumenten zu einschlägigen EU-Vorhaben zeitnah zu informieren.
 - c) Der IT-Planungsrat bittet den Nationalen Normenkontrollrat (NKR), ihn über die Zuständigkeit des IT-Planungsrats betreffende Vorgänge zu informieren, von denen der NKR aufgrund der Verwendung des E-Government-Prüfleitfadens erfährt.
 - d) Der IT-Planungsrat beauftragt die Fortführung der offenen Bund-Länder-Arbeitsgruppe zunächst bis zum 30. Juni 2015 und bittet sie, die Handlungsempfehlungen des Gutachtens zu konkretisieren und zu priorisieren sowie Vorschläge zu ihrer Umsetzung zu unterbreiten. Er bittet die Federführer, beginnend mit der 12. Sitzung regelmäßig zu berichten.

Veröffentlichung der Entscheidung:
Ja
X
Nein
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:
Ja
X
Nein

Az.: IT1-22001/1#2

Stand: 2. Oktober 2013

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

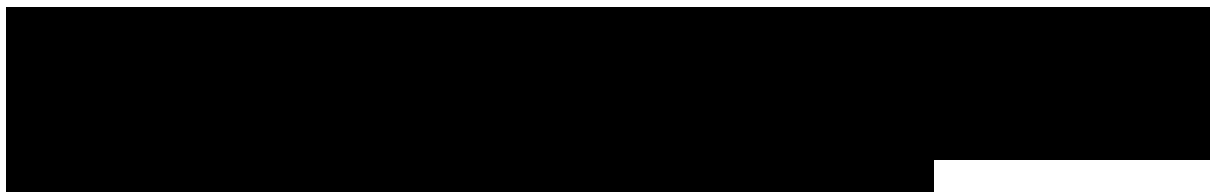
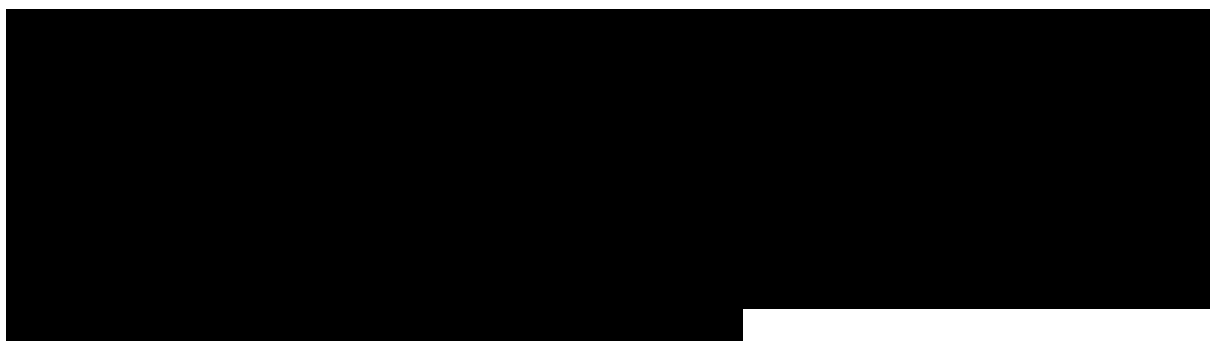
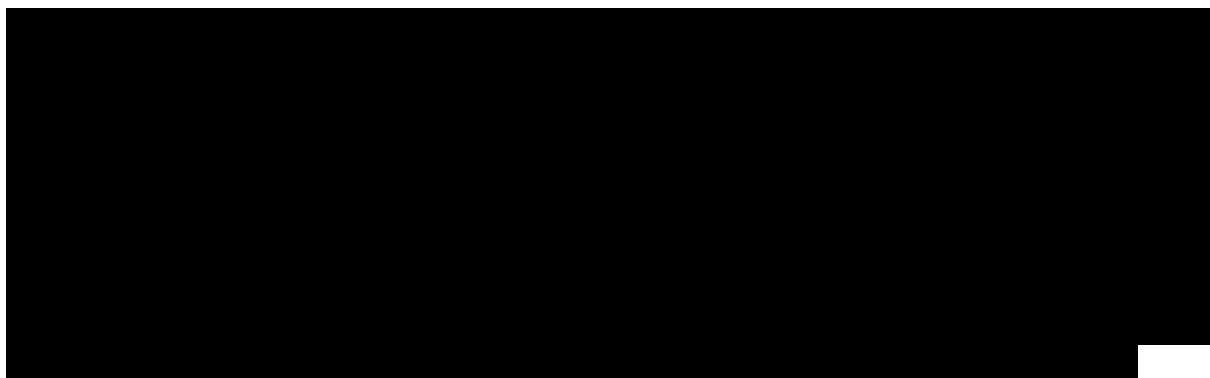
Protokollnotiz NW:

NW regt an, in das Programm der Arbeitsgruppe neben einer verbesserten Information über Rechtssetzungsverfahren auch die Erarbeitung von Vorschlägen für eine aktive Einbindung in diejenigen Rechtssetzungsverfahren aufzunehmen, bei denen IT-Themen im Vordergrund stehen.

Kategorie D:	Grundlagen des IT-Planungsrates
---------------------	--

TOP 9	Vorschlag zur Verwendung der Restmittel 2012
--------------	---

erläutert mit Verweis auf die



Beschluss 2013/21				
Der IT-Planungsrat beschließt die vorgelegte Planung zur Verwendung der Restmittel 2012 (Mittelverwendung 2013).				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja		Nein	X¹

¹ Interne Finanzplanungen (Dokumente des IT-Planungsrats) sollen einer Veröffentlichung nicht zugänglich gemacht werden.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 13
Zusammenarbeit mit der Justizministerkonferenz

[REDACTED] berichtet in Vertretung für [REDACTED] Ansprechpartner der Justizministerkonferenz für den IT-Planungsrat, dass dem E-Justice-Rat eine konstruktive und effiziente Zusammenarbeit mit dem IT-Planungsrat wichtig sei. Die Zusammenarbeit sei auf einem guten Weg. Der E-Justice-Rat habe den Wunsch, sich intensiver in die Arbeit der Standardisierungsgremien einzubringen. [REDACTED] hat den diesem Protokoll beigefügten schriftlichen Bericht (einschl. Protokoll der 2. Sitzung des E-Justice-Rates) zur Kenntnisnahme nachgereicht.

[REDACTED] hält es für problematisch, wenn es zu „exklusiven“ Vorabstimmungen mit einzelnen Gremien kommen würde. Die Zusammenarbeit mit den Fachministerkonferenzen sei ausreichend organisiert; die bisherige Praxis sollte beibehalten werden; „neue Spielregeln“ für einzelne Gremien würden nicht benötigt. Er erinnert an die Pflicht, die Beschlüsse landesintern mit den Ressorts abzustimmen. Hierbei könnten und sollten auch die Interessen der einzelnen Ressorts berücksichtigt werden.

TOP 14
Europäische Entwicklungen im E-Government

[REDACTED] weist zum Sachstand der einzelnen Vorhaben auf die ausführliche Darstellung im Steckbrief hin.

[REDACTED] berichtet über den überarbeiteten Vorschlag der EU-Kommission zu einer Verordnung über Leitlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze, der im Rahmen der Connecting Europe Facility (CEF) steht und einen Förderrahmen u.a. für digitale Dienstinfrastrukturen enthält. Die Europäische Kommission hat am 28. Mai 2013 einen neuen Entwurf vorgelegt. Nach SN vorliegenden Informationen sollte die Richtlinie bis Juli verabschiedet werden. Sie schlägt vor, dass der IT-Planungsrat dazu kurzfristig ein Positionspapier erstellt. SN ist bereit, sich einzubringen.

[REDACTED] sagt zu, dass die Geschäftsstelle mit Sachsen Kontakt aufnehmen werde, um das weitere Vorgehen abzustimmen.

TOP 15	Fachkongress des IT-Planungsrats
---------------	---

[REDACTED] dankt allen Mitwirkenden am ersten Fachkongress des IT-Planungsrats am 2./3. Mai 2013 in München. Die Teilnehmerliste musste bereits 14 Tage vor Beginn geschlossen werden (350 Teilnehmer, ca. 50 Interessenten musste abgesagt werden). Er hebt den internen Charakter der Veranstaltung (nur Verwaltung ohne Externe) als wesentlichen Erfolgsfaktor hervor. Das Feedback der Teilnehmer war sehr positiv. Der Vorsitzende bestätigt dies und dankt Bayern für die Ausrichtung der Tagung.

[REDACTED] bekräftigt, dass es für den Erfolg der Veranstaltung entscheidend gewesen sei, dass aktuelle Themen im Vordergrund standen.

Kategorie E:	Grüne Liste (ohne Aussprache)
---------------------	--------------------------------------

Die Tagesordnungspunkte 4, 7, 10, 11, 12, 16, 17 und 18 der „Grünen Liste“ werden ohne Aussprache behandelt, die entsprechenden Informationspunkte zur Kenntnis genommen und die Entscheidungen wie vorgeschlagen einstimmig getroffen.

TOP 4	Elektronischer Datensafe nPA-BOX
--------------	---

Beschluss 2013/18

Der IT-Planungsrat bittet Bayern, zur 12. Sitzung des IT-Planungsrats zu den Ergebnissen der sicherheitstechnischen Untersuchung der nPA-Box, deren Kosten sowie ggf. bereits zu ersten Einsatzszenarien zu berichten.

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
---	-----------	----------	-------------	--

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

[REDACTED]

[REDACTED]

TOP 10	Grundsätzlicher Umgang mit Restmitteln
---------------	---

Beschluss 2013/22				
Der IT-Planungsrat beschließt, künftig bei Vorlage des Mittelverwendungsberichts in der ersten Sitzung eines Jahres festzulegen, welche der ggf. aus dem Vorjahr nicht verausgabten Restmittel auch für zusätzliche Aktivitäten im laufenden Haushaltsjahr eingesetzt werden sollen. Restmittel, die auch danach nicht verplant sind, werden zur Deckung des aktuellen Finanzbudgets herangezogen und vermindern die anstehenden Finanzierungsanteile des Bundes und der Länder.				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 11	Gemeinschaftsstand des IT-Planungsrats zur CeBIT 2014
---------------	--

Beschluss 2013/23				
1. Der IT-Planungsrat beschließt, auf der CeBIT 2014 mit einem Gemeinschaftsstand vertreten zu sein und beauftragt die Länder Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz sowie den Bund, im Rahmen einer offenen Bund-/Länder-Arbeitsgruppe den Gemeinschaftsstand des IT-Planungsrats für die CeBIT 2014 zu konzipieren. 2. Der IT-Planungsrat bittet ferner um Vorlage des Konzepts zur 12. Sitzung.				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 12	Dialog zwischen dem Nationalen Normenkontrollrat (NKR) und dem IT-Planungsrat
---------------	--

Beschluss 2013/24				
1. Der IT-Planungsrat beschließt das Positionspapier „Potentiale des E-Governments besser nutzen“. 2. Der IT-Planungsrat nimmt den E-Government-Prüfleitfaden zur Kenntnis und beschließt, dessen Praxistauglichkeit gemeinsam mit dem Nationalen Normenkontrollrat im Rahmen einer Pilotierungsphase zu prüfen. Die Mitglieder des IT-Planungsrats werden gebeten, ihr Interesse an der Teilnahme an der Pilotierungsphase der Geschäftsstelle des IT-Planungsrates zu melden. 3. Die Kooperationsgruppe Strategie wird gebeten, in Abstimmung mit dem Sekretariat des Nationalen Normenkontrollrats die Pilotierungsphase zu koordinieren, die Ergebnisse zu evaluieren, künftige Kooperationen bei konkreten Projekten vorzuschlagen und hierzu erneut zu berichten. 4. Der Vorsitzende wird gebeten, die Fachministerkonferenzen über den Sachstand zu informieren und sie zur Teilnahme an der Pilotierungsphase einzuladen.				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 16	Koordinierungsprojekt „Elektronische Rechnungsbearbeitung in der Verwaltung (E-Rechnung)“
---------------	--

Protokollnotiz SN:

Der Freistaat Sachsen regt an, bei der weiteren Bearbeitung des Datenmodells zum Koordinierungsprojekt „E-Rechnung“ vorhandene Spezifikationen wie z. B. XFinanz zu berücksichtigen und die Anbindung von bereits in Bund, Ländern und Kommunen eingesetzten Lösungen für den elektronischen Zahlungsverkehr zu prüfen. Der Freistaat Sachsen bietet hierzu seine Mitarbeit an.

TOP 18	Ergänzende Vertragsbedingungen für die Beschaffung von IT-Leistungen (EVB-IT)
---------------	--

Beschluss 2013/25				
1. Der IT-Planungsrat nimmt die Ergänzenden Vertragsbedingungen für die Beschaffung von IT-Leistungen (EVB-IT), Teil „EVB-IT Erstellung“, bestehend aus dem EVB-IT Erstellungsvertrag und den zugehörigen Allgemeinen Geschäftsbedingungen (EVB-IT Erstellungs-AGB) zur Kenntnis und bedankt sich bei der Arbeitsgruppe EVB-IT. 2. Der IT-Planungsrat empfiehlt seinen Mitgliedern die Anwendung der „EVB-IT Erstellung“.				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Kategorie F:	Verschiedenes
---------------------	----------------------

TOP 19	E-Government Gesetz des Bundes
---------------	---------------------------------------

_____ weist auf die für den 07. Juni 2013 vorgesehene Behandlung im Bundesrat hin und fragt nach dem Diskussionsstand in den Ländern.

_____ ist zuversichtlich, dass das Gesetz verabschiedet wird. Aus seiner Sicht artikuliert der Entschließungsantrag der A-Seite grundsätzliche Vorbehalte, die aber einer Zustimmung des Bundesrats nicht im Wege stehen sollten.

TOP 20	Erprobungsräume für kooperatives E-Government
---------------	--

■■■■■ betont die positiven Erfahrungen mit den Erprobungsräumen in zwei Metropolregionen. Dies sollte stärker genutzt und in anderen Regionen übernommen werden.

■■■■■ erklärt, dass sich die Nordwestregion mit NI und den Kommunen auch offiziell als Modellregion aufstellen lassen will.

TOP 21	Sonstiges / Nächste Termine
---------------	------------------------------------

Der Vorsitzende kündigt die nachstehend genannten Termine an.

Termin der nächsten Sitzung des IT-Planungsrats:

- 12. Sitzung: Mittwoch, 2. Oktober 2013, in München

Weitere Termine:

- Zukunftskongress Staat und Verwaltung, Dienstag und Mittwoch, 25.- 26. Juni 2013, in Berlin
- Nationaler IT-Gipfel am 10. Dezember 2013

Im Auftrag

Geschäftsstelle IT-Planungsrat

beim Bundesministerium des Innern